

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	36
		TOP:	8
Verhandlung		Drucksache:	21/2019
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	25.03.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Herr Tattermusch und Frau Fischer (beide SI-BB)		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / de		
Betreff:	Tätigkeitsbericht des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Stuttgart für das Jahr 2018		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 14.01.2019, GRDRs 21/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Herr Tattermusch und Frau Fischer (beide SI-BB) stellen den Ratsmitgliedern den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2018 des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Stuttgart vor. Herr Tattermusch betont, dass einer der Schwerpunkte der Arbeit des Behindertenbeauftragten die individuelle Beratung der behinderten Menschen mit ihren verschiedenen Sorgen und Anliegen und deren Angehörigen im Rahmen der regelmäßigen Sprechstunde sei. Der ehemalige Behindertenbeauftragte schildert, dass die Fragestellungen der Betroffenen im Laufe der Zeit immer komplexer geworden seien. In der Regel sei einiges an Recherchearbeit und Korrespondenz notwendig, um eine Lösung des Problems zu erreichen. Dabei werde immer wieder auch versucht herauszubekommen, ob die Fragen in den Einzelfällen von grundsätzlicher Bedeutung seien und auf fehlende Strukturen, komplizierte Verfahrenswesen oder eine gestörte Kommunikation hinweisen.

In diesem Zusammenhang unterstreicht Herr Tattermusch die gute vernetzte Zusammenarbeit mit den anderen Ämtern innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch Selbsthilfegruppen, Initiativen und Beratungsstellen für behinderte Menschen in der Stadt. Bei städtischen Projekten oder Planungen werde der Behindertenbeauftragte mittlerweile immer wieder hinzugezogen, um dabei zu helfen, die Belange von Menschen mit Be-

hinderung hinreichend zu berücksichtigen. Ferner pflege der Behindertenbeauftragte im Rahmen des Netzwerks der Behindertenbeauftragten in der Region Stuttgart einen regen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen. Denn viele Themen würden Menschen mit Behinderung in Stuttgart, aber auch den umliegenden Landkreisen gleichermaßen betreffen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Arbeitsalltag des städtischen Behindertenbeauftragten sei das Thema barrierefreies Wohnen. Der akute Wohnungsmangel in Stuttgart betreffe besonders auch mobilitätseingeschränkte Menschen mit Behinderung. Denn sie seien häufig auf speziellen Wohnraum angewiesen, der barrierefrei oder auf ihre Belange angepasst ist. Solcher Wohnraum stehe aber nur begrenzt zur Verfügung.

Ferner stünden auch die Themen Mobilität und ÖPNV im Mittelpunkt. Hier gebe es in Sachen barrierefreier Zugang zu Haltestellen oder Verkehrsmitteln an manchen Stellen noch großen Nachholbedarf, so Herr Tattermusch. So sei beispielsweise auch die Bahnsteighöhe häufig entscheidend, da es heutzutage immer mehr elektrische Rollstühle gebe, die in der Regel sehr schwer seien und nicht einfach so angehoben werden könnten. Mittlerweile befinde man sich aber in einem intensiven Austausch mit den SSB. Er habe den Eindruck, so der ehemalige Behindertenbeauftragte, dass die Verkehrsbetriebe die Barrierefreiheit bei ihren Haltestellen sehr ernst nehmen würden. Es würden immer wieder Ortstermine mit Vertretern der SSB stattfinden, wobei Haltestellen genau geprüft und Optimierungen überlegt würden.

Demnächst werde die städtische Behindertenbeauftragte Frau Fischer nach München fahren, um die dort getesteten sogenannten Rolli-Rampen an U-Bahnsteigen zu besichtigen. Es werde im Anschluss hierzu auch einen Bericht im Sozial- und Gesundheitsausschuss geben. Herr Tattermusch gibt in diesem Zusammenhang aber zu bedenken, dass Rampen zwar eine große Erleichterung für Rollstuhlfahrer seien, aber schnell zu Stolperfallen und möglichen Gefahrenquellen für Blinde und sehbehinderte Menschen werden können. Und gerade die Bahnsteigkante sei ein sehr gefährlicher Bereich. Man müsse weiter überlegen, wie Erleichterungen für die eine Gruppe von Betroffenen geschaffen werden könnten, ohne damit den Alltag für Andere zu erschweren.

Weitere Haupttätigkeitsfelder des Behindertenbeauftragten seien Arbeit und berufliche Integration, Bildung sowie soziale, politische und kulturelle Teilhabe. Manchmal habe es in der Vergangenheit Probleme im Zusammenhang mit dem Zutritt von Begleitpersonen zu kulturellen Veranstaltungen gegeben. In diesen Fällen habe man versucht die Sache im Kontakt mit dem Veranstalter zu regeln.

Abschließend betont Herr Tattermusch, dass auch die Öffentlichkeitsarbeit eine der Hauptaufgaben der Behindertenbeauftragten sei, um dadurch in der Stadtgesellschaft für mehr Verständnis für die besonderen Belange von Menschen mit Behinderung zu werben. In den vergangenen Jahren hätte es hier erfreulicherweise viele positive Entwicklungen im Bewusstsein der Menschen gegeben. Auch unterstütze und fördere die Stelle die Arbeit des Beirats für Menschen mit Behinderung und begleite die Umsetzung des Stuttgarter Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Anschließend unterstreicht Frau Fischer ergänzend den großen Einsatz von Herrn Tattermusch für die Belange behinderter Menschen in Stuttgart. Als neue städtische Behindertenbeauftragte verweist auch sie auf die vielfältigen Aufgaben und die steigende Zahl an Anfragen. Gerade sei man zudem dabei, die geplanten Stadtteilrundgänge vorzubereiten. Ferner würden in Vorbereitung auf die Haushaltplanberatungen in Zusam-

menarbeit mit den Referaten und Ämtern die notwendigen Maßnahmen für das Inklusionspaket vorbereitet.

Im Namen ihrer Fraktion dankt StRin Bulle-Schmid (CDU) Herrn Tattermusch und Frau Fischer für den Bericht und deren gute Arbeit. Der Behindertenbeauftragte sei ein wichtiges Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Menschen mit Behinderung sowie deren Angehörigen und engagiere sich als Ombudsmann, Berater und Vermittler. Dieser Einsatz habe maßgeblich dazu beigetragen, dass die Akzeptanz und Integration von Menschen mit Behinderung in Stuttgart immer besser gelinge, erklärt die Stadträtin. Beispielsweise gebe es ein immer größeres Verständnis für den Bedarf an Behindertenparkplätzen. Dies sei sehr erfreulich, wenngleich es insgesamt gesehen noch viel zu tun gebe.

Im weiteren Verlauf der Aussprache bedanken sich auch StR Stopper (90/GRÜNE), StRin Gröger (SPD), StRin Halding-Hoppenheit (SÖS-LINKE-PluS), StRin Bodenhöfer-Frey (FW) und StRin Yüksel (FDP) bei Herrn Tattermusch und Frau Fischer für den Bericht und die engagierte Arbeit zum Wohle der Menschen mit Behinderung in Stuttgart. Übereinstimmend betonen die Ratsmitglieder die Wichtigkeit und Notwendigkeit dieses Einsatzes. Dadurch könne die Lebensqualität der Betroffenen in der Stadt entscheidend und langfristig verbessert werden.

StRin Bulle-Schmid hebt die gute Zusammenarbeit des Behindertenbeauftragten mit den städtischen Ämtern sowie den SSB in Bezug auf die Barrierefreiheit der Haltestellen hervor. Ihre Fraktion sei dazu bereit, im Zuge der anstehenden Haushaltsplanberatungen der Bereitstellung ggf. notwendiger Mittel für eine Gewährleistung der Barrierefreiheit der Haltestellen zuzustimmen, erklärt die Stadträtin und verweist auf eine entsprechende Anfrage der CDU-Gemeinderatsfraktion. Als wichtig erachte sie zudem auch, den barrierefreien Umbau von Wohnraum weiter voran zu treiben, damit ältere Menschen länger in der eigenen Wohnung verbleiben könnten sowie die Sicherstellung einer Barrierefreiheit der Stadtverwaltung.

Bezogen auf die berufliche Integration der Betroffenen betont StRin Bulle-Schmid die Wichtigkeit der Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Abschließend spricht sie die unerfreuliche Tatsache an, dass die behinderten Menschen zuweilen sehr lange auf die Ausstellung ihres Behindertenausweises warten müssten. In Zukunft müsse versucht werden, die Wartezeiten nach Möglichkeit zu reduzieren.

Die Wichtigkeit der Themenfelder berufliche Integration behinderter Menschen, barrierefreies Wohnen sowie Barrierefreiheit im ÖPNV und im öffentlichen Raum unterstreichen im Folgenden in ihren Wortmeldungen auch StR Stopper und StRin Gröger. Bezogen auf das Thema Arbeit sehen die beiden Stadträte weiteres Potenzial für eine Beschäftigung der Betroffenen innerhalb der Stadtverwaltung.

Im Hinblick auf den ÖPNV spricht StR Stopper das Problem an, dass Zufahrten zu barrierefreien Bushaltestellen im Alltag oftmals zugeparkt seien, so dass die Busse nicht richtig an die Haltestellen ranfahren könnten und der Einstieg für die behinderten Menschen damit deutlich erschwert werde. Hier sei eine weitere Sensibilisierung der Bevölkerung notwendig, um einen Bewusstseinswandel herbeizuführen. StR Stopper betont weiterhin die generelle Aufgeschlossenheit der SSB, für Barrierefreiheit an ihren Haltestellen zu sorgen und begrüßt, dass die Behindertenbeauftragte bei diesem Thema auch im Austausch mit anderen Städten wie München sei.

Im selben Zusammenhang fordert StRin Gröger bessere Ansagen bei einfahrenden Stadtbahnen sowie die konsequente Ausstattung von Lichtsignalanlagen im Bereich der Haltestellen mit einer Vibration, um sehbehinderte Menschen zu unterstützen. Zudem verweist die Stadträtin auf die Bedeutung der Stadtteilrundgänge und begrüßt, dass diese nun konsequent geplant würden. Ähnlich äußert sich auch StRin Bodenhöfer-Frey.

Ferner erinnert StRin Gröger an die häufig schwierige Situation behinderter Menschen im Krankenhaus und einen versprochenen Bericht zu diesem Thema im Ausschuss. BMin Fezer sichert eine baldige Berichterstattung zu.

In ihrer Wortmeldung hebt StRin Halding-Hoppenheit die Notwendigkeit der Sicherstellung einer sozialen und kulturellen Teilhabe für behinderte Menschen hervor. Sie bemängelt, dass viele Veranstaltungsorte im Rahmen der diesjährigen Langen Nacht der Museen für die Betroffenen nicht zugänglich gewesen seien. Ferner begrüßt die Stadträtin die Umsetzung des Förderprogramms für Rolli-Taxen, was zu einer besseren Mobilität der Menschen mit Handicaps beitragen würde. In diesem Zusammenhang spricht sich StRin Halding-Hoppenheit für eine konsequente Schulung des Taxipersonals sowie der Busfahrer im Umgang mit den Rampen aus.

Danach stellt BMin Fezer nach einem Dank an Frau Fischer und Herrn Tattermusch fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GR Drs 21/2019 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / de

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
SI-BB

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. SchUB
 9. AfD
 10. LKR